

Berliner Tageblatt

Nr. 357
Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

Donnerstag, 30. Juli 1925
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die englische Bergbaukrise.

Noch keine Lösung des Konflikts.

Angewandte Vermittlungserfolge Baldwin's. — Der Kampf um die Minimallöhne und die Arbeitszeit.

Telegramm unseres Korrespondenten)

London, 30. Juli.
In den Verhandlungen, die gestern im Laufe des Tages durch einen Minister als Mittelsperson zwischen Grubenarbeitern und Bergarbeitern geführt wurden, erzielte nachfolgende offizielle Erklärung: „Der Premierminister Herr in Begleitung von Bridgeman, Sir Arthur Steel Dayton und Colonel Lane Hog im Montaguehaus mehrere Besprechungen mit einem Komitee des Grubenbesitzerverbandes und dem Exekutivkomitee der Bergarbeitervereinigung. Das Hauptproblem, um das es sich bei dieser Verhandlung dreht, war das des Minimallohns und die Arbeitszeit. Die Vertreter der Grubenbesitzer hatten folgenden Vorschlag gemacht: „Die Grubenbesitzer billigen den Bergarbeitern, sich ein Minimum zu sichern und nehmen dessen das Prinzip eines Minimallohnes an. Bei den Verhandlungen über einen Minimallohn muß man aber die außerordentlich schwierige Lage der ganzen Industrie die mit einem Durchschnittsverlust von 25 Prozent pro Tonne in der einzigen Kohlen- und die große Abweichung in der einzelnen Kohlen- von denen einige Verluste bis zu 40 Prozent pro Tonne aufweisen, mit in Erwägung ziehen. Ein allgemeiner Minimallohn muß aber so gehalten sein, daß durch ihn erhebliche Mengen von Gruben geschlossen werden müßten. Es ist also klar, daß ein solcher Lohn sehr niedrig und für die Arbeiter weniger günstig ist, als Minimallohn die bisher festgesetzte war. Unter diesen Umständen sind die Grubenbesitzer bereit, Verhandlungen über einen Minimallohn anzuknüpfen.“

und im Juli 1500 000 Pfund betragen, und erklärten weiter, daß sie, wenn die Gruben gemäß den Vorschlägen der Grubenbesitzer im August arbeiten könnten und falls sich in diesem Monat in einem Zustand, in dem die Löhne reduziert worden seien, ein Profit ergeben sollte, bereit seien, diesen Profit des Distrikts für den Monat August zur Erhöhung der Löhne der Bergarbeiter zu verwenden. Zu der letzten Bemerkung in dem Memorandum der Grubenbesitzer hinsichtlich der Arbeitszeit erklärte, sie behaupteten, daß die Lage der Industrie zum mindesten im Augenblick eine Reduzierung der Löhne notwendig mache. Diese Reduzierung der Löhne, die auf Grund der vorhandenen Verluste vorgeschlagen sei, höhere nur den gegenwärtigen Vereinbarungen hinsichtlich der Arbeitsstunden der Bergarbeiter, erheblich bessere Bedingungen könnten ihnen geboten werden, falls es möglich sein sollte, wenigstens zeitweise die Aufhebung des Siebenstundentages durchzuführen. Die Grubenbesitzer läßt die Vertreter der Bergarbeiter, die in dem Memorandum der Bergarbeiter angegeben seien, zu überwinden. In der Antwort der Bergarbeiter hierauf heißt es unter anderem: „Wir weigern uns, diesen Vorschlag der Grubenbesitzer anzunehmen und weisen darauf hin, daß die Profite der Grubenbesitzer während der sechs letzten Monate des Jahres 1921 5 764 855 Pfund betragen haben, während des Jahres 1922 10 410 119 Pfund, während des Jahres 1923 27 500 000 Pfund, 1924 18 336 425 Pfund und während der drei ersten Monate dieses Jahres 1 350 207 Pfund.“ Weiter heißt es, es sei überflüssig, ein Anerbieten zu machen, in dem man während eines Monats auf alle Profite verzichte, in der Hoffnung, daß die Bergarbeiter damit Besorgungen annehmen würden, die ihre jetzige traurige Lage in Zukunft noch drückender machen würde. Ebenso seien die Bergarbeiter nicht bereit, den Siebenstundentag aufzugeben; sie würden sich mit aller Entschiedenheit jedem Versuch widersetzen, dies zu tun, da die gegenwärtige Arbeitszeit der Bergarbeiter angehöre ihrer anstrengenden und gefährlichen Beschäftigung auf keinen Fall verlängert werden könne.

Als Thomas Coor, der Führer der Bergarbeitervereinigung, gestern nacht um 11 Uhr 30 Minuten das Montague-Haus verließ, erklärte er auf eine Anfrage: „Ich bin noch immer mit meiner Forderung der Gesamtlage zu rechnen; noch immer sei kein Hoffnungsgrund zu sehen. Baldwin hat gestern nicht weniger als 14 Stunden abwechselnd mit beiden Parteien verhandelt.“

London, 30. Juli. (M. Z. B.)
Trotz der bisherigen Ablehnung der Bergarbeiter, die Frage der Lohnvereinbarung und gleichzeitiger Verlängerung der Arbeitszeit zu erörtern, hat Baldwin keine Vermittlungsversuche heute vormittag fortgesetzt. Er bemüht sich wiederum in gesonderten Besprechungen mit den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern eine Grundlage für direkte Verhandlungen zu finden. Vorher hatte er den Bergwerks- und die Arbeitsminister sowie den stellvertretenden Premierminister im gegenwärtigen Konflikt, den ersten Lord der Admiralsität, Bridgeman, empfangen.

Litauens innere Entwicklung.

Das Land der Gerichte. — Diktatorische Neigungen. Die Parteien und der Staat. — Der wirtschaftliche Fortschritt. Und Memel?

Raunas, im Juli.
Litauen ist das Land der politischen Gerichte. Zu geradezu verwirrender Fülle und phantastischen Dimensionen gehen sie um. Wollte man diesen Gerichten glauben, so würde das Land von einer Clique skrupelloser Geschäftsmacher regiert, denen das Wohl des Staates gleichgültig ist, und die keinen anderen Zweck verfolgen, als sich selbst und ihren Angehörigen alle Vorteile zuzuführen, welche sich aus dem Besitz der Macht herauschlagen lassen. Immer wieder und mit zahlreichem Einzelheiten kann man sich in Raunas erzählen lassen, in welcher Weise sich dieser Minister oder jener Beamte bereichert habe, als er einen Staatsauftrag zu übermäßig hohen Preisen an eine ausländische Firma vergab, oder durch ihm nahestehende Strohmänner eine Fabrik erwarb, um gleich darauf „seine Industrie“ durch Subventionen zu schützen und mit Staatsaufträgen zu speisen. Oder es wird beweglich darüber geredet, in wie wenig wahlereifer Weise die politischen und wirtschaftlichen Machtmittel des Staates dafür eingesetzt wurden, um die Stellung der Regierungspartei zu stärken. Auch die Ansicht kann man vertreten hören, daß das ganze Kabinett sich in weitestgehender Abhängigkeit von Herr Jonas Basilevicius, dem „Königlichen Stenographen“, dem die „Alfa Bankas“, die Wirtschaftsbank, eine Reihe von Industriebetrieben gehören. Bedeutend ist wieder, daß einem über diesen Mann, der in Litauen eine gewissermaßen legendäre Figur darstellt, von den einen gesagt wird, er sei der reichste und mächtigste Mann im Staate, während die anderen einen erzählen, er wäre in Wirklichkeit schon längst ruiniert, wenn die Staatsbank ihm nicht bereit ist hohe Kredite eingeräumt hätte, daß sie gezwungen sei, ihn auch weiter zu halten.

Die politischen Gerichte werden im Grunde zumeist von denselben Bestrebungen ausgeht, die auch an die nationale Konsolidierung Litauens nicht glauben wollen, obgleich sie, wie wir neulich sahen, zweifellos erstaunlich schnell und weit fortgeschritten ist. Und geht man den Gerichten im einzelnen nach, so fehlt ihnen gewöhnlich die Beweisraft, und sie sind nicht schlüssig genug, um etwa der Opposition den Anlaß zum Vorworf in der Presse oder im Parlament zu bieten. Es liegt ja auch auf der Hand, daß der Staat nicht regiert werden könnte, wenn das ganze System in der Tat so forciert wäre, wie die Stauerer von Basilevicius wollen.

Innerhalb ist diese Atmosphäre der Gerichte eine ungesunde Atmosphäre für das innere Leben des Landes, und sie ist dazu angetan, auch den Kredit Litauens im Ausland in gewissem Grade zu schädigen. Das letztere ist um so leichter möglich, als es mit der Kenntnis Litauens unter allen baltischen Staaten in Westeuropa am schwächsten bestellt ist, weil die litauische Sprache schwer zugänglich ist und nicht in dem gleichen Maße, wie etwa in Rigas, Reval oder Helingsfors, deutsch, russisch und schwedisch Quellen zur Verfügung stehen. Es gilt von diesen Dingen das „Semper aliquid haeret“, und durch die Kanäle der ausländischen Vertretungen und Geschäftsleute in Raunas sichtet gewiß manches von dem vielen Gerede auch in westeuropäische Kreise durch, die sich für Litauen interessieren. Insofern gibt es immerhin zu denken, daß vor einiger Zeit die europäische Öffentlichkeit von Königsberg aus mit der fetten Sensationslust überdacht werden konnte, der litauische Ministerpräsident sei mit 10 und 10 bis 15 Millionen aus der Staatskasse ins Ausland durchgebracht.

Diese stidige Atmosphäre der Gerichte verdient die ernste Aufmerksamkeit der regierenden und leitenden Männer Litauens und sollte so schnell wie möglich ausgeläutert werden. Es gibt aber dafür nur ein Mittel — das ist die frische Luft der freien und unbeschränkten öffentlichen Meinung. Es sind in dieser Hinsicht die Schatten der Vergangenheit, es sind die Reste alter russischer Regierungsmethoden, die den Boden für die gefährlichste Legendenbildung bieten. Es herrscht in Litauen noch immer ein, wenn auch ziemlich veralteter Kriegszustand, die Presse steht unter Zensur, ja neuerdings sogar unter einer Art Zensur, und diese Zensur leidet sich zu finstlichen Stücken, daß sie sogar Dinge zu drucken verbietet, die sich nur einmal absolut nicht verheimlichen lassen. So hat z. B. neulich, als ich wegen der neuen Pressebestimmungen und der Einführung der Todesstrafe für gewisse Verbrechen, der große Skandal im Zeimas abspielte, die Zensurbehörde den Zeitungen die Veröffentlichung dieser Vorgänge telephonisch untersagt. Diese überflüssige und veraltete Gängelung der Presse, die bestehenden Beschränkungen der Versammlungs- und Verammlungsrechte sind aber ebenso, wie gewisse parlamentarische Methoden geeignet, die Selbstständigkeit daran zweifeln zu lassen, ob die nötige Freiheit besteht, um Mißstände oder Mißbräuche jederzeit aufzudecken und dadurch unmöglich zu machen. Die Regierungsmehrheit im Sejm, die übrigens nur vier Stimmen beträgt, pflegt nämlich die Interpellationen der Opposition regelmäßig ad calendarum und parlamentarischen Methoden aufgeführt wird, dann wird sich die politische Atmosphäre Litauens reinigen. Dies ist um so wichtiger, als sicherlich ein junger Beamtenapparat, der so plötzlich aus der Erde gestampft werden mußte, wie in Litauen und, soweit er überhaupt Traditionen hat, auf den **genes nicht einwandfreien des alten Rublandes fußt, der Ge-**

Der Entscheid in Marokko.

Harde Truppenansammlungen Abd-el-Azims.

Paris, 30. Juli.
Die eintreffenden Nachrichten bestätigen weiterhin, daß der entscheidende Ereignissen stehen wird. In den Frontabschnitt wurden Ansammlungen von Truppen nördlich von Sousse gemeldet. Hier sind schon fünf und sechs Graben an. Nordwestlich von Sousse sind Truppenansammlungen. Die Lage des französischen Postens in der letzten Lage mehrmals von Feinden angegriffen ist äußerst schwierig. Die Soldaten dieses Postens müde, haben große Verluste erlitten und der Wasser auf die Höhe. Im östlichen Abschnitt setzen die Propaganda bei den Sulu und Wanes weiter fort, sie hatten, auf die Seite Abd-el-Azims zu treten. Nordwestlich unternehmen einige Infanteriegruppen Bandenverführer Tücker, die sich gewagter hatten, sich den Abd-el-Azims anzuschließen.

Abd-el-Azims Friedensbedingungen.

London, 30. Juli. (M. Z. B.)
Times' aus Tanger melden, hat Abd-el-Azim an seine Agenten in Tanger geschickt, um sie um französischen Bedingungen zu unterrichten. In der Zeit besteht Abd-el-Azim darauf, daß Zanger der Entscheidung Verhandlungen sein sollte, im zweiten die Vereinfachung zu Friedensverhandlungen unter uns, daß ihm zuvor die Zustimmung der Italiener abgefragt werden sollte. Von den in angeführten Bedingungen nahmen die **ng Paris.**

Schwere Zwischenfälle an der polnisch-russischen Grenze.

Ein russischer Grenzkommandant ermordet.

Warschau, 30. Juli.
An der polnisch-russischen Grenze wurden wiederum drei Grenzüberfälle von bolschewistischer Seite verübt. Im Kreise des Wilnaer Gebietes wurde ein polnischer Grenzwachposten zweimal angegriffen, die Wachen aber beide Male zurückgeworfen. Die Polen hatten keine Verluste. Zwei weitere russische Angriffe in der Wojewodschaft Polesie in den Nostimilampen wurden von polnischen Grenztruppen zurückgeworfen.

Kostan, 30. Juli. (Meld. v. russ. Tel.-Agent.)
Während einer Inspektion an der Grenze des Bezirks Jampol wurde der Kommandant der sowjetischen Grenztruppe von polnischen Grenzposten ermordet. Die Tat erfolgte nach Heberföhrung der Grenze durch die polnischen Soldaten, die alsdann die Leiche verbrennen ließen. Erst später wurde die Leiche dem Sowjetbehörden übergeben. Im Bezirk Jampol hatten sich bereits in den letzten Monaten mehrere Angriffe regulärer polnischer Truppen auf sowjetischen Boden ereignet. Im Zusammenhang hiermit überreichte heute das Volkswirtschaftsministerium der polnischen Regierung eine Protestnote an die Sowjetregierung, welche eine gemischte Kommission an die Grenze, um Ermittlungen über die Angelegenheit anzustellen.

Italien in der Levante.

Wien, 30. Juli.
Die Italiener legen sich, unbelohnt der Proteste der griechischen Bevölkerung, auf der Inselgruppe des Dodekanes ganz planmäßig fest. Aus Rhodos ist die Nachricht ein, daß dort eine italienische Unterabteilung gegründet werden soll, die einen nationalen und geistigen Mittelpunkt bilden soll, die einen nationalen und geistigen Mittelpunkt bilden soll. Namentlich soll die Universität Rhodos die Schulung in Bezug und die dortige amerikanische Hochschule in ihrem Einfluß zurückdrängen.